



Schon seit Jahren gibt es in Brandenburg zu wenig Angebote in der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung. Viele Therapeutinnen und Therapeuten nehmen neue Klientinnen und Klientinnen gar nicht erst an. Andere führen lange Listen. Bis zu einem Jahr müssen manche warten, bevor sie einen Platz ergattern. Viele geben aber vorher entmutigt auf.

Therapiewüste Brandenburg

Gravierende Lücken in der psychotherapeutischen Versorgung

Der Grund für den Notstand: realitätsferne Bedarfsplanung. Die Anzahl der Praxen, die kassenärztlich abrechnen dürfen, wird von der Kassenärztlichen Vereinigung festgelegt. In Brandenburg waren das zum 30. Juni 2017 gut 447 Fachkräfte - psychotherapeutisch tätige Ärztinnen und Ärzte ebenso wie niedergelassene Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Das ist viel zu wenig - auch wenn der Bedarf rein rechnerisch gedeckt scheint und es mancherorts angeblich sogar eine Überversorgung gibt.

Die große Diskrepanz zwischen tatsächlichem und anerkanntem Bedarf erklärt sich aus falschen Referenzwerten bei der ursprünglichen Berechnung. Als 1999 das Psychotherapeutengesetz in Kraft getreten ist, wurde die erhobene, also tatsächlich vorhandene Anzahl an gesetzlich zugelassenen Psychotherapeuten zum Soll-Bedarf erklärt. Übersehen wurde dabei, dass sich bis dahin vor allem in den ostdeutschen Bundesländern noch gar keine hinreichende Struktur für ambulante Psychotherapie entwickelt hatte. Die schon damals erhebliche Unterversorgung wurde damit für lange Zeit festgeschrieben.

Brandenburg hat mit heute durchschnittlich 19 Wochen, die man auf einen Termin für das Erstgespräch warten muss, unter allen Bundesländern die höchsten Zugangsschwellen. Besonders die ländlichen Gebiete sind betroffen. Das EU-geförderte Projekt „Netzlos“ zum Beispiel hat in der Zeit von 2010 bis 2012 unter Betroffenen,

Angehörigen, Sozialen Trägern und Ausbildungsträgern die Bedarfe im Landkreis Oder-Spree analysiert. Die erhobenen Daten haben exemplarisch belegen können, wie schlecht es im östlichen Brandenburg nicht nur um allgemeine psychosoziale Hilfen, sondern auch um ambulante Therapieplätze bestellt ist. Dieses zusätzliche Stadt-Land-Gefälle wiederum ist, ebenso wie die Gesamtplanung, auf ungeprüfte Voraussetzungen zurückzuführen: die statistisch längst widerlegte Annahme nämlich, dass der Bedarf auf dem Land um gut 89 Prozent geringer sei als in den Ballungsgebieten. Tatsächlich sind manche Therapeutinnen und Therapeuten in den Landkreisen aber so ausgelastet, dass sie für die Terminvergabe nur einmal in der Woche erreichbar sind. Wer in diesem Zeitfenster anruft, muss allerdings damit rechnen, dass die Leitung ständig besetzt ist. Stark psychisch belastete Menschen sind damit oft überfordert und stellen ihre Versuche bald ein.

Das bedeutet: Je ausgeprägter die Krankheit, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, ambulante therapeutische Hilfe zu erhalten. Und sogar, wenn es in den vorgeblich überversorgten Regionen - etwa Berlin oder Potsdam - vielleicht Plätze gäbe: Die Krankenkassen übernehmen die Fahrtkosten nicht.

Vor allem für Menschen mit einer posttraumatischen Belastungsstörung

sind diese Verhältnisse verheerend. Für sie ist es sehr wichtig, dass die Erlebnisse umgehend therapeutisch aufgearbeitet werden können, damit die Symptomatik sich nicht chronisch festsetzt. Aber auch sie müssen warten, weil es in Brandenburg keine speziellen Akutambulanzen gibt.

Darunter müssen auch viele geflüchtete Menschen leiden. Sie bleiben mit den extremen Gewalterfahrungen, denen manche in ihrer Heimat oder auf dem Fluchtweg ausgesetzt waren, gänzlich allein. Die meisten können aufgrund von Sprachproblemen nicht einmal darüber reden. Für die Betreuerinnen und Betreuer in den Flüchtlingsheimen ist der psychische Stress unübersehbar. Und es ist für sie erheblich belastend, wenn sie zusehen müssen, wie er sich krisenhaft verdichtet, weil es keine professionelle Hilfe gibt.

Erschwerend kommt hinzu, dass es in Brandenburg auch kaum soziotherapeutische - also ergänzend alltagsunterstützende und vernetzende - Angebote gibt, weil die regionalen Krankenkassen restriktiv hohe Anforderungen an die Zulassung haben. Die individuellen Folgen: Krankheitsverfestigung, Dauerarbeitslosigkeit und schließlich endgültiger Ausstieg aus dem Erwerbsleben.

Veränderungen erfolgen, wenn überhaupt, überschaubar moderat. So zum Beispiel 2013, als die Anzahl der Zulas-

sungen für niedergelassene Psychotherapeutinnen und -therapeuten von der Kassenärztlichen Vereinigung um brandenburgweit gut 54 Plätze angehoben wurde.

„Nicht genug“, meint Sylke Klee. Sie ist Geschäftsführerin der Beeskomm gGmbH, die im Landkreis Oder-Spree vernetzte Angebote für chronisch psychisch kranke Menschen unterhält: „Seit Jahren sind die Psychiatrischen Institutsambulanzen quasi Auffangbecken. Wir sind froh, dass wir sie haben. Aber auch sie können - abgesehen von ihrem Auftrag - den Bedarf nicht decken. Das ist keine Lösung.“ Sylke Klee würde es begrüßen, wenn man, aufbauend auf konkreten Bedarfserhebungen wie der von „Netzlos“, in den Landkreisen eine Psychiatrieplanung

installieren und sich politisch für eine bessere medizinische Versorgung einsetzte.

Auch Kinder sind von dem Versorgungsmangel betroffen. Für sie verbindet sich mit den langen Wartezeiten ein erhebliches Risiko für psychische Erkrankungen im Erwachsenenalter. Auch hier zeigen weder die Krankenkassen noch das Land Interesse, entsprechend gegenzusteuern.

Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel der vom Arbeiter-Samariter-Bund RV Barnim e.V. getragenen stationären Jugendhilfeeinrichtung Bergvilla Adolf Reichwein. Um eine gute psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung der jungen Bewohnerinnen und Bewohner zu gewährlei-

sten, kooperiert sie schon seit Jahren mit dem Martin Gropius Krankenhaus in Eberswalde, also der nächstgelegenen jugendpsychiatrischen Klinik. Fachkräfte des Krankenhauses kommen im Rahmen regelmäßiger Sprechstunden in die Einrichtung und stehen für Gespräche, ambulante Weiterbehandlung nach Klinikaufenthalt, Fallsupervision oder auch Fortbildungen zur Verfügung. Eingeleitet wurde diese Zusammenarbeit über das Landesprojekt „You'll never walk alone“, das zwischen 2009 und 2012 in ausgewählten Regionen modellhaft erprobt hat, ob und wie sich Krankenhausaufenthalte durch die frühzeitige Zusammenarbeit von jugendpsychiatrischer Klinik und Jugendhilfeeinrichtung vermeiden lassen.

Anja Quilitz, die pädagogische Leiterin der Bergvilla, war von den Ergebnissen so überzeugt, dass sie diese Form der Zusammenarbeit bis heute eigenfinanziert weiter führt. Für sie ist wichtig, dass sie damit auch diejenigen ihrer Schützlinge dauerhaft in der Wohngruppe behalten kann, die auf intensive therapeutische Hilfe angewiesen sind. Oft können Kinder und Jugendliche nach einem Aufenthalt in der psychiatrischen Klinik nämlich nicht in ihre Einrichtung zurück - was die psychischen Belastungen zusätzlich erhöht.

Der Verein Opferhilfe Brandenburg andererseits drängt schon lange darauf, dass in Brandenburg - wie in anderen Bundesländern - Traumaambulanzen eingerichtet werden. Bislang gab es nur ein einziges Angebot, das zudem ausschließlich über Projektförderungen finanziert wurde. Dies zunächst von Aktion Mensch und seit einem Jahr - befristet bis Februar 2018 - vom Brandenburger Justizministerium. Die weitere Förderung wird dort derzeit geprüft.

Brandenburg hat unter allen Bundesländern den höchsten Anteil an psychisch bedingten Frühverrentungen. Dass sich daran etwas ändert, ist nicht zu erwarten, solange der Notstand an zeitnaher Hilfe nicht anerkannt wird.

Was tun gegen Diskriminierung in sozialen Einrichtungen?

Paritätische Orientierungs- und Arbeitshilfe

Diesjähriges Schwerpunktthema des Paritätischen Gesamtverbandes und seiner Landesverbände sind die 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Allgemeinen Menschenrechte. Die Paritätische Kampagne „Mensch du hast Recht“ zielt vor allem auf die grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse und die Sozialpolitik. Eine von den Paritätischen Landesverbänden Brandenburg, Schleswig-Holstein und Thüringen herausgegebene Handreichung unter-

sucht parallel, wie es um Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in den eigenen Arbeitsfeldern bestellt ist. Tatsächlich gibt es, wie die Broschüre anhand einer Vielzahl von Beispielen illustriert, auch in der Sozialen Arbeit durchaus Benachteiligungen.

Gezeigt wird aber auch, welche gesetzlichen und betriebsinternen Möglichkeiten es gibt, Diskriminierung zu vermeiden oder zu unterbinden. Zentrale Aspekte für die Schaffung einer benachteiligungsfreien Arbeitsatmosphäre werden dabei ebenso vermittelt wie Strategien des individuellen persönlichen Vorgehens in unmittelbaren Alltagssituationen.

Die Arbeitshilfe wurde gemeinsam erarbeitet von den Projekten „InSchwung“ (Paritätischer Brandenburg), „Demokratie braucht Teilhabe“ (Paritätischer Schleswig-Holstein) und „Schau hin vor Ort“ (Paritätischer Thüringen). Sie wurde gefördert aus Mitteln des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und unterstützt von der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg.



- Kostenlos per Mail erhältlich bei: inschwung@paritaet-brb.de
- Demnächst auch im Web unter: www.paritaet-brb.de/unsere-Leistungen/Veroeffentlichungen/Arbeitshilfen

LIGA-Federführung: Paritätischer Brandenburg übernimmt

In der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege haben sich die sechs Brandenburger Spitzenverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um gemeinsam für den sozialpolitischen Fortschritt und die Interessen der ihnen angeschlossenen Mitglieder einzutreten. Die LIGA steht in engem Austausch mit der Landesregierung, beteiligt sich an der Entwicklung von Gesetzen und unterhält eine Vielzahl themenbezogener Ausschüsse - nicht nur um die Fachqualität zu fördern, sondern auch, um die soziale Infrastruktur zu entwickeln. Satzungsgemäß wechselt die Federführung reihum im zweijährigen Turnus. Seit dem 1. Januar 2018 liegt sie bei Andreas

Kaczynski, dem Vorstandsvorsitzenden des Paritätischen Brandenburg.

Seine Agenda für die beiden kommenden Jahre ist umfangreich: Es sei dringend geboten, die Qualität der Kindertagesbetreuung und in der Sicherung und Entwicklung der Pflege voranzutreiben. Gleichzeitig werde es aber auch darum gehen, dem zunehmenden Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft etwas entgegenzusetzen: „Im Sozialbereich ist die Freie Wohlfahrtspflege in Brandenburg größter Arbeitgeber“, so Kaczynski. „Wenn wir unsere Fachkräfte sichern wollen, müssen wir die Attraktivität dieser Berufe weiter steigern. Und wir müssen jungen

Menschen die vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten besser vermitteln.“ Größte Herausforderung der kommenden Zeit aber werde die Mitarbeit am Landesausführungsgesetz zum Bundessteilhabegesetz sein. Und dafür sei, wie er betont, vor allem wichtig, „dass die vorhandenen Spielräume so genutzt werden, dass die Betroffenen davon profitieren“.



Weitere Informationen unter:
www.liga-brandenburg.de

Barrierearmes Rockerlebnis

„Ostrock meets Classic“ setzt Signale



Rock und Klassik vereint. Foto: Heinrich Breuer

Konzerte zu besuchen ist für Menschen mit Beeinträchtigungen oft eine Herausforderung. Für die Show „Ostrock meets Classic“ gilt das nicht. 50 Akteurinnen und Akteure touren dabei mit den besten Songs aus der Ostrock-Ära durch Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Veranstaltet wird die Tour von der Deutschen Mediengesellschaft.

Das Besondere: Das Musikevent ist barrierearm. Möglich ist das durch das Engagement des Paritätischen Sachsen-Anhalt, der den Veranstalter dabei intensiv unterstützt. Der Verband hat für die konzeptionelle Entwicklung der leichten Zugänglichkeit die wesentlichen Impulse gesetzt. Das heißt: Bei der Tourenplanung wird selbstverständlich darauf geachtet, dass die Hal-

len gut zugänglich sind. Für Menschen mit Hörbehinderungen sind mindestens Induktionsschleifen vorgesehen, wenn möglich werden die Songtexte parallel von Dolmetscherinnen gebildet. Für die letztjährigen Shows in Sachsen-Anhalt konnte dank einer Förderung durch die Landes-Lotto-Toto-GmbH sogar die Musik gestisch dargestellt werden.

Dabei soll es aber nicht bleiben. Um flexibel auch individuelle Bedarfe berücksichtigen zu können, wurden im vergangenen Jahr immer wieder neue Angebote erprobt. „Wir sammeln in jeder Show neue Erfahrungen“ betont der Veranstaltungsmanager Nicolas Maksimcev, „denn es gibt immer wieder andere Herausforderungen an Organisation und Technik.“ Auch für spezielle Wünsche ist die Crew ansprechbar. Überhaupt sehen der Veranstalter und die beiden Paritätischen Landesverbände „Ostrock meets Classic“ als fortzuentwickelndes Referenzprojekt mit sozialem Auftrag: „Wir

möchten“, so Sängerin Sylke Szemkus, „mit der Kraft der Musik Barrieren abbauen.“

2017 wurde die Show an verschiedenen Orten in Brandenburg insgesamt drei Mal aufgeführt. Der Paritätische Brandenburg hat dabei je vor Ort zur Seite gestanden. In Falkensee gab es Hilfe vom örtlichen Beratungs- und Begegnungszentrum, wo die Geschäftsführerin Dr. Ingrid Oelschlägel die Gesamtorganisation mit wertvollen Hinweisen unterstützt und die Verantwortung für die Verteilung der 20 Freikar-

ten übernommen hat, die die Show jeweils an die regionalen Mitglieder des Paritätischen ausreicht. In Frankfurt (Oder) hat sich Monika Linde, ehemalige Leiterin der dortigen Selbsthilfekontaktstelle und mittlerweile im Ruhestand, ehrenamtlich an den notwendigen Vorbereitungen beteiligt. Sie hat die Unterstützungsbedarfe im Vorfeld bei den entsprechenden Organisationen abgefragt und bei der Organisation geholfen. Sie hat die Show aber auch selbst besucht. Ihr Resümee: „Die Performance war natürlich beeindruckend. Aber auch der Mangel an Barri-

eren war überzeugend.“ Damit die Schwellen bei der nächsten Frankfurter Aufführung noch niedriger sind, hofft sie, Sponsorinnen und Sponsoren zu finden: „Es wäre doch wunderbar, wenn auch hier die Musik in Gebärdendargestellt werden könnte.“

Die nächsten Showtermine in Brandenburg stehen schon fest:

18.05. Stadthalle Cottbus

12.10. Messehalle Frankfurt (Oder)

13.10. Stadthalle Falkensee



Kita-Willkommensbroschüre in sechs Sprachen

Personeller Wechsel

Neue Kolleginnen und Kollegen im Landesverband



Annett Bauer



Antje Baumgart



Martin Neubert

Die Paritätische Broschüre „Herzlich willkommen in unserer Kita“ informiert in sechs Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Tigriny - also Äthiopisch und Eritreisch - Arabisch und Farsi) über Kindertageseinrichtungen. Leicht verständlich - auch für Menschen mit sprachlichen Beeinträchtigungen - wird dabei zum Beispiel erklärt, was eine Eingewöhnung und wie der Alltag strukturiert ist und welche Lernangebote es gibt. Diese Informationen geben Eltern mit Migrationshintergrund Orientierung und helfen, Vertrauen in das Betreuungspersonal und die pädagogischen Methoden zu entwickeln.

Die Broschüre wird neuerdings vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) publiziert. Sie kann von der Website des Ministeriums heruntergeladen oder dort kostenlos als Printausgabe bestellt werden.

Link: www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/herzlich-willkommen-in-unserer-kita/120878. Sollte der direkte Pfad nicht aktiviert sein, bitte über die Website navigieren (Service/Publikationen und dort im Suchfeld den Titel eingeben).

Zum November 2017 wurden die innerverbandlichen Zuständigkeiten für die Sachbereiche Kinder- und Jugendhilfe, Kindertagesbetreuung, Frauen und Familie neu zugeordnet.

Die Aufgabengebiete Kinder- und Jugendhilfe und Kindertagesbetreuung wurden zum 1. Dezember 2017 in einem Referat zusammengelegt. Sie werden von Annett Bauer wahrgenommen, die vielen bereits über ihre Tätigkeiten für die Paritätischen Landesprojekte InSchwung und Kijubb bekannt sein dürfte.

Annett Bauer bringt fundierte Erfahrungen aus der Kinder- und Jugendarbeit, besonders auch im Zusammenhang der Jugendbeteiligung mit. Sie ist bestens mit der verbandlichen und politischen Situation sowie den aktuellen Themen in Brandenburg vertraut.

Das Referat Frauen und Familie wird seit dem 1. November 2017 von Antje Baumgart vertreten, die zugleich das Paritätische Regionalbüro Prignitz-Ruppiner leitet.

Antje Baumgart ist nicht nur studierte Sozialpädagogin, sondern auch ausgebildete Jugend- und Heimerzieherin. Sie war viele Jahre Leiterin des Jugendmigrationsdienstes des Paritätischen Bayern in Aschaffenburg.

Für Geschäftsführung und Koordination der verbandseigenen Kindertageseinrichtungen (Paritätische Kindertagesstätten gGmbH) ist seit November 2017 Martin Neubert zuständig.

Er ist Ansprechpartner für alle finanziellen, organisatorischen, personellen und inhaltlichen Angelegenheiten der Paritätischen Kitas.